Anlage 2 (zu § 2 Abs. 3)

Zusatzbescheinigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 der Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr

für das Unternehmen								
Dem Eigenkapital, das nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 der Bedarfszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr nachgewiesen ist, sind folgende Beiträge hinzuzurechnen:								
Nicht realisierte Reserven im								
a) unbeweglichen Anlagevermögen				EUR				
b) beweglichen Anlagevermögen				EUR				
			Summe	EUR				
2. Darlehen / Bürgschaften mit Eigenkapitalfunktion im Sinne des § 2	Abs. 3 Nr. 2 der B	Berufszugangsverordnung fü	ir den Straßenpersonenverkehr					
a)	(Person)			EUR				
b)	(Person)			EUR				
c)	(Person)			EUR				
			Summe	EUR				
3. Unbelastetes Privatvermögen des persönlich haftenden Unternehm	ners							
a) Grundstücke	(Person)		Verkehrswert	EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
b) Bankguthaben	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
c) Forderungen (nicht Gesellschafterdarlehen)	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
			Summe	EUR				
4. Zu Gunsten des Unternehmers beliehene Gegenstände des Privatvermögens der Gesellschafter:								
a) Grundstücke	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
b) Sicherungsübereignungen	(Person)		Höhe der Beleihung	EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
c) Sicherungsabtretung	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
	(Person)			EUR				
			Summe	EUR				
Die oben aufgeführten Beträge wurden dem Unterzeichner sowohl dem Grunde nach als auch nach der Höhe	chgewiesen	plausibel gemacht.	Stichtag ist der					
Ort, Datum Stempel und Unterschrift des vereidigten Wirtschaftsprüfers, vereidigten Buchprüfers, Steuerberaters, Steuerbevollmächtigten, Fachanwalts für Steuerrecht, einer Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder								
St	euerberatungsgese	ellschaft oder eines Kreditinsti	iuis)					

Hinweis zur Datenerhebung: Nach § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes ermöglichen. Dies kann durch die in der Beilage zum Antrag vorgesehene Übersicht über das Betriebsvermögen erfolgen. Falls Sie nicht bereits sind, diese Angaben zu machen, müssen Sie durch andere geeignete Unterlagen belegen, dass Ihnen das für die Betriebseinrichtung und Betriebsfortführung erforderliche Kapital tatsächlich zur Verfügung steht.

Beilage zum Antrag nach dem Personenbeförderungsgesetz auf							
□ Erteilung □ Erneuter Erteilung □ Erweiterung / Änderung □ Übertragung der Genehmigung □ Übertragung des Betriebs							
Angaben zur Leistungsfähigkeit des Betriebes (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 PBefG)							
Name, Vorname, Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmens)							
Wohnsitz (Ort, Straße)							
Betriebssitz (Ort, Straße) Telefon (mit Vorwahl)							
1. Vermögensübersicht (Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind nur anzugeben, wenn Gütergemeinschaft besteht)							
Aktiva	EUR Passiva			EUR			
Anlagevermögen a) Grundstücke (Verkehrswert)		Langfristige Verbind					
bebaut		a) Grundschulden					
unbebaut		b) Hypotheken					
b) Gebäude (Verkehrswert)		c) Langfristige Darle					
c) Fahrzeuge		d) Sonstiges					
b) Betriebseinrichtung: Maschinen							
Büroausstattung		Sonstige Verbindlic	hkeiten				
e) Sonstiges		a) Kurzfristige Darle	hen, Kredite				
Summe Anlagevermögen		b) Wechselschulden					
Umlaufvermögen a) Vorräte: Treibstoffe		c) Steuerschulden					
Reifen		d) Versicherungs-, E					
Ersatzteile	e) Lieferantenverbindlichkeiten						
Werkzeuge		f) Sonstiges					
Material							
b) Forderungen aus Leistungen							
c) sonstige Forderungen							
d) Anteile, Wertpapiere							
e) Bankguthaben		Kapital					
f) Kassenbestand							
g) Sonstiges							
Summe Umlaufvermögen							
Summe Aktiva		Summe Passiva					
Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder eines anderen Angehörigen der steuerberatenden Berufe							
Ort, Datum		Die Richtigkeit der Angaben wird b Stempel / Unterschrift	pestätigt:				

2.	Sonstige Auskü	nfte							
a)	Ehelicher Güterstand, gesetzlich (Zugewinngemeinschaft) nein				ja				
	Gütertrennung								
	Gütergemeinschaft								
b)	Haben Sie Bürgs	chaften geleistet?		nein			ja		EUR
c)	Können Sie im B	edarfsfall weitere Sicherheite	n oder Bürgschaften ste	ellen (ggf. erläute	ern)		nein		ja
d)	Sind Sie / Ihre El	nefrau im Schuldnerverzeichn	nis eingetragen?				nein		ja
	Haben Sie eine Eidesstattliche Versicherung abgelegt?					nein ja			
Dat	um	Amtsgericht			Aktenze	iche	en		
	Wurde ein entspi	rechender Haftbefehl erlasser	n? ————————————————————————————————————				nein		ja
	Wird gegen Sie o	die Zwangsvollstreckung betri	eben?				nein		ja
3.	Fahrzeugliste	Folgende Fahrzeuge	e sollen für die Personer	nbeförderung eir	ngesetzt werde	en:		1	I
	Kennzeichen	Hersteller, Typ	Erstzulassung	Sitz-/Stehplä	tze Kau	Kaufpreis EUR			Zeitwert EUR
4.	Fahrzeugfinanz	ierung Die Finanz	ı zierung der Fahrzeuge e	erfolgt durch:					
Eigenmittel Darlehen Leasing – Geschäft									
Bitte Unterlagen, wie z. B. Darlehens-, Kreditzusagen, Leasingbedingungen beifügen 5. Liegen besondere Umstände vor, die das Betriebsergebnis beeinflussen können? (Auftragszusagen usw.)									
J. Liegen besondere omstande vor, die das betriebsergebnis beennidssen konnen? (Autragszusagen usw.)									
Ich bin darauf hingewiesen worden, dass unrichtige Angaben zur Rücknahme der Genehmigung führen können (§ 25 (2) 1 PBefG). Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.									
	Datum								
					Unterschrift				

Hinweis zur Datenerhebung: Nach § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes ermöglichen. Dies kann durch die in der Beilage zum Antrag vorgesehene Übersicht über das Betriebsvermögen erfolgen. Falls Sie nicht bereits sind, diese Angaben zu machen, müssen Sie durch andere geeignete Unterlagen belegen, dass Ihnen das für die Betriebseinrichtung und Betriebsfortführung erforderliche Kapital tatsächlich zur Verfügung steht.